

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 17. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 27. Juni 2022

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:29 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Michael Adomeit

Herr Uwe Ahlers

Frau Ute Bartel

Frau Wenke Brüdgam

Herr Uwe Dalski

Herr Christian Ehlers

Frau Rita Falkert

Herr Frank Fanter

Herr Stefan Giese

Herr Harry Glawe

Herr Christian Griwahn

Herr Aurel Hagen

Herr Benjamin Heinke

Herr Maik Hofmann

Frau Dr. Carmen Kannengießer

Frau Kristine Kasten

Herr Albrecht Kiefer

Frau Anett Kindler

Frau Cornelia Klemm

Herr Holger Kliewe

Frau Andrea Köster

Herr Frank Kracht

Herr Helmut Krüger

Frau Andrea Kühl

Herr Andreas Kuhn

Frau Josefine Anika Kümpers

Frau Christiane Latendorf

Herr Dirk Leistner

Herr Mathias Löttge

Herr Michael Meister

Herr Wolfgang Meyer

Frau Christiane Müller

Herr Dirk Niehaus

Herr Michael Philippen

Herr Helmut Poppe

Frau Julia Präkel

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Thomas Reichenbach

Herr Gerd Scharmberg

Frau Dr. Doris Schmutzer

Herr Thomas Schulz

Herr Maximilian Schwarz

Herr Dario Seifert

Herr Jürgen Suhr

Herr Norbert Thomas

Frau Heike Völschow

Frau Petra Voß

Herr Dr. Wolfgang Weiß

Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp

Frau Susann Wippermann

Herr Dr. Ronald Zabel

Herr Tilo Ziemßen

Frau Anita Zimmermann

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth	Landrat
Frau Ricarda Rumpel	FBL 1
Frau Carmen Schröter	FBL 2
Frau Kathrin Meyer	FBL 3
Herr Frank-Peter Lender	FBL 4
Herr Ralph Langkammer	FDL 02
Herr Georg Rüting	FDL 13
Frau Gerlind Ockert	FDL 37
Herr Marcus Hanusch	amt. FGL 01.20
Frau Peggy Schäpler-Moede	juristischer SB
Frau Sandra Lehmann	Pressesprecherin
Frau Manuela Redlich	Auszubildende
Frau Dirke Vandrey	Auszubildende

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Norbert Benedict	unentschuldigt
Herr Alexander Benkert	entschuldigt
Herr Ernst Branse	entschuldigt
Herr Jörg Burwitz	entschuldigt
Herr Roland Herrmann	unentschuldigt
Herr Frank Ilchmann	entschuldigt
Herr Jens Kühnel	entschuldigt
Herr Philipp Laars	unentschuldigt
Herr Hendrik Lastovka	entschuldigt
Herr Thomas Naulin	entschuldigt
Herr Thoralf Pieper	entschuldigt
Frau Sylvia Schiefler	entschuldigt
Herr Norbert Schöler	entschuldigt
Herr Daniel Schossow	entschuldigt
Herr Peter van Slooten	entschuldigt
Frau Andrea Zachow	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift vom 25. April 2022
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Nach- und Umbesetzungen
- 8.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Mario Galepp durch Herrn Mathias Löttge

- 8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss für Herrn Mathias Löttge durch Frau Monika Wenzel
9. Abbestellung der Gleichstellungsbeauftragten zum nächstmöglichen Zeitpunkt BV/3/0364
10. Gültigkeit des 9€-Tickets im Fährverkehr für Einwohnerinnen und Einwohner der Insel Hiddensee BV/3/0363/2
11. Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis Vorpommern-Rügen zur Liquiditätssicherung BV/3/0358
- 11.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zur BV/3/0358 A/3/0174
12. Verbesserung der Schülermobilität im Landkreis Vorpommern-Rügen BV/3/0359/1
- 12.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage BV/3/0359/1 A/3/0165
- 12.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR zur BV/3/0359/1: Verbesserung der Schüler*innenmobilität im Landkreis Vorpommern-Rügen A/3/0171
- 12.3. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion SPD zum Änderungsantrag der Kreistagsfraktion die Linke zur BV/3/0359/1 A/3/0173
- 12.4. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/3/0359/1 A/3/0172
13. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Land- und Wasserfläche hier: Wasserwanderrastplatz Wieck a. Darß BV/3/0352
14. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche - Erweiterung Seebrücke Dranske BV/3/0353
15. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasser- und Landfläche der Gemeinde Sundhagen - Fähranleger Stahlbrode BV/3/0361
16. Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche der Gemeinde Born a. Darß - Badestelle/Steg im Koppelstrom BV/3/0362
17. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, BfS/FDP: "Entwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum" A/3/0163
- 17.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zum Antrag A/3/0163 "Entwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum" A/3/0175
18. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten" A/3/0164
19. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Generalplan Küsten- und Hochwasserschutz MV überarbeiten" A/3/0166
20. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Unterstützung für die Tafeln im Landkreis Vorpommern-Rügen verstetigen und Fördertopf einrichten" A/3/0167
21. Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Mitgliedschaft im Verein AGFK - Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommern e.V. des Landkreises Vorpommern-Rügen" A/3/0168

22. Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP, BVR/FW: "Wohnungsbau zur Abwendung einer akuten Wohnungsnot" A/3/0169

23. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Konzepterstellung zur Finanzierung und mittelfristigen Erhalt der bestehenden Trägerstrukturen für AGH-Maßnahmen im Landkreis Vorpommern-Rügen!" A/3/0170

24. Mitteilungen

- Nichtöffentlicher Teil -

25. Vergabeangelegenheiten BV/3/0345

26. Grundstücksangelegenheiten BV/3/0346

27. Vergabeangelegenheiten BV/3/0356

28. Vergabeangelegenheiten BV/3/0357

29. Vergabeangelegenheit BV/3/0347

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 17. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 49 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht.

2. Einwohnerfragestunde

Einwohneranfragen werden nicht vorgetragen.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR den eingereichten Antrag A/3/0168 "Mitgliedschaft im Verein AGFK - Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommern e.V. des Landkreises Vorpommern-Rügen" zurückziehe und somit der TOP 21 von der Tagesordnung gestrichen werde.

Damit stellt Herr Kreistagspräsident Kuhn die geänderte Tagesordnung fest.

Anmerkungen oder Ergänzungen seitens der Kreistagsmitglieder werden nicht vorgetragen.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 25. April 2022

Es werden keine Anmerkungen oder Änderungen zu der Niederschrift vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der Niederschrift vom 25. April 2022 einstimmig bei zwei Enthaltungen zu.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn gibt die Beschlüsse aus Nichtöffentlicher Sitzung vom 25. April 2022 bekannt:

1. Vergabe Stromlieferung von Juni 2022 bis Dezember 2023 - BV/3/0335

Beschluss: KT 363-16/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Strombelieferung der Liegenschaften des Landkreises erfolgt vom 01.06.2022 bis zum 31.12.2023 durch die SWS Energie GmbH.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

2. Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvorpommersche Waldlandschaft"- Einrichtung von Schreiadler-Nahrungsflächen. - BV/3/0332

Beschluss: KT 364-16/2022

Der Kreistag beschließt den Kauf von Flächen der Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG) zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung „Nordvorpommersche Waldlandschaft“, Die Fläche ist auf dem Flurstück 156 (Gemarkung Wüstenhagen, Flur 1) gelegen und umfasst eine Flächengröße von 5,3844 ha. Die Fläche soll anschließend im Zuge des Flächentausches in das Fördergebiet der „Nordvorpommerschen Waldlandschaft“ getauscht werden und zur Sicherung von Schreiadler-Nahrungsflächen dienen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung zugestimmt

3. Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvorpommersche Waldlandschaft" - Einrichtung von Schreiadler-Nahrungsflächen. - BV/3/0333/1

Beschluss: KT 365-16/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt den Landtausch von Ackerfläche des Landkreises Vorpommern-Rügen, gelegen auf dem Flurstück 156 (Gemarkung Wüstenhagen, Flur 1) mit einer Flächengröße von 5,3844 ha und einem gutachterlich ermittelten Wert von 143.225 EUR gegen Offenland und Wald im Eigentum von Herrn Dr. Rolf Stoltenberg, gelegen auf dem Flurstück 121 (Gemarkung Niedermützkow, Flur 1) sowie auf Flurstücken 381, 382, 383, 391, 400, 402, 405, 406, 410, 421, 423, 431 (Gemarkung Wolfshagen, Flur 1) und den Flurstücken 75, 130, 134, 222 (Gemarkung Schuenhagen, Flur 1) sowie 123, 125, 144 und 148 (Gemarkung Schuenhagen, Flur 1), mit einer Gesamtflächengröße von 11,7206

ha und einem gutachterlich ermittelten Wert von insgesamt 124.048,66 EUR zur Arrondierung von Schreiadlernahrungsflächen und Naturwaldparzellen im Projektgebiet des Naturschutzgroßprojektes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Kerth informiert zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, dass bislang 2.917 Flüchtlinge im Landkreis Vorpommern-Rügen erfasst wurden, wovon 2.551 aktuell im Landkreis wohnen. Er bedankt sich bei den Mitarbeiter/innen aus den verschiedensten Bereichen für das Engagement in diesem Prozess. Durch den Rechtskreiswechsel arbeite der Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen mit Hochdruck daran, dass die Geldflüsse ohne großen Zeitverzug erfolgen.

Weiterhin teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** zum Thema Energiepreissteigerung/ Notfallplan Gas mit, dass der Landkreis erstmalig zu einem Krisenstab des Landes Mecklenburg-Vorpommern geladen worden sei. Der Landkreis Vorpommern-Rügen selber werde zeitnahe die beteiligten Fachdienste zu einem frühen und schnellen Austausch zusammenrufen, um auch rechtzeitig mit den regionalen Versorgern in Kontakt treten zu können. Das Thema werde nicht nur Auswirkungen auf eigene Liegenschaften und Partner haben, sondern auch Auswirkungen auf den Haushalt. Ein aktueller Zeitungsartikel besagt, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen nicht auf Stromausfälle und dergleichen vorbereitet sei. Dazu merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen nicht schlechter als die anderen Landkreise vorbereitet sei. Die Mitarbeiter/innen werden geschult und die Notfallkonzepte regelmäßig fortgeschrieben.

Zum Thema Erlebnislandschaft Putbus merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass durch die Kostensteigerungen Probleme auftreten und Baumaßnahmen nicht wie geplant durchgeführt werden können. In den nächsten Gremienläufen werde aktuell zu dieser Thematik informiert.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert außerdem über die abnehmende Liquidität des Landkreises Vorpommern-Rügen. Erstmals habe der Landkreis einen Kassenkredit zur Abwicklung des regulären Zahllaufes in Anspruch nehmen müssen.

Eine sehr gute und wichtige Investition sei die Katastrophenschutzhalle in Bergen auf Rügen teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit. Die Eröffnung erfolge am 2. Juli 2022. Damit schließe man ein riesiges und wichtiges Bauvorhaben mit Gesamtkosten i.H.v. 2,2 Mio. Euro ab, wobei 939.000 Euro durch Sonderbedarfszuweisungen vom Land Mecklenburg-Vorpommern finanziert wurden.

Außerdem werde am selben Tag ein Waldbrandtanklöschfahrzeug an die Gemeinde Sehlen übergeben. Das Fahrzeug wurde nach dem Waldbrand in Lübbtheen zentral durch das Land zur Vorbereitung auf Waldbrände beschafft. Insgesamt sei dadurch eine Aufwertung des kompletten Standortes für Feuerwehren und den Katastrophenschutz auf der Insel Rügen zu verzeichnen.

Folgend führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass nach dem beschlossenen Nahverkehrsplan die VVR im Rahmen des aktuellen Calls der Nationalen Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie (NOW) einen Antrag auf „Förderung von Bussen mit Klimafreundlichen, alternativen Antrieben im Personenverkehr“ beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr einreiche. Die Anträge befinden sich

derzeit in der Endabstimmung.

Zum Thema Erreichbarkeit der Verwaltung merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass mehrere neue Mitarbeiter/innen eingestellt und eingearbeitet wurden, um die personellen Ressourcen des Telefonservices zu verbessern. Das Thema werde auch weiterhin mit großer Aufmerksamkeit begleitet.

Ein weiteres, wichtiges Projekt sei die Schuldigitalisierung. Dazu teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass an der Sonnenblumenschule Franzburg, am Sonderpädagogischen Förderzentrum Grimmen, am Gymnasium Grimmen und am Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasium Bergen in diesen Sommerferien die LAN und WLAN Verkabelungen geschaffen werden. Glasfaser liege bereits an. Die Fertigstellung des Sonderpädagogischen Förderzentrums Grimmen und der Sonnenblumenschule sei vor Beginn des neuen Schuljahres geplant, die der Gymnasien zu Ende September. Das Gesamtvolumen der Aufträge belaufe sich auf ca. 882.000 Euro. Auch hier sei das Vorhaben teurer als geplant.

Ebenfalls zum Themenfeld Schule informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass ab 2023 die Schulsozialarbeit, soweit möglich, fachlich neu ausgerichtet werden solle. Die gekürzten ESF-Mittel und auch Landesmittel werden komplett abgerufen und so viele Stellen wie möglich mit der maximalen Fördersumme nach ESF finanziert. Alle somit nicht über ESF finanzierten Stellen werden rein kommunal finanziert. Dafür werde ein passgenaues kommunales Förderprogramm erstellt, welches dem Jugendhilfeausschuss im August vorgelegt werde.

Zum Thema Corona führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass eine stärkere Sommerwelle als erwartet eingetroffen sei. Auch seien die personellen Auswirkungen in der Verwaltung spürbar. Aktuell liege die 7-Tages-Inzidenz der Neuinfektionen bei 505,4. Darunter seien nur sehr wenige Personen zur Behandlung im Krankenhaus. Weiterhin gebe es auch noch keine Veränderungen des Meldeverfahrens, d.h. nach wie vor müssen täglich hunderte Proben für die Statistikmeldung einzeln eingelesen werden. Zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht merkt **Herr Landrat Dr. Kerth** an, dass die Einführung dafür da sei, das Gesundheitssystem zu schützen und nicht zusätzliche Probleme zu schaffen. Keinesfalls könne somit die Schwächung des Gesundheitssystems eine Lösung sein. Aktuell laufen die ersten Anhörungen.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Frau Kindler erfragt den aktuellen Stand zum Sana Klinikum in Bergen auf Rügen bezüglich der Situation der Geburtsstation.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass dort Gespräche geführt werden und man nach Lösungen suche.

Herr Adomeit erfragt, wie der Landrat den Zivil- und Katastrophenschutz im Landkreis Vorpommern-Rügen einschätze.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass der Zivil- und Katastrophenschutz nie ausreichen könne. Es gebe immer wieder neue Situationen, die man nicht vorhersehen könne. Dennoch habe der Landkreis in der Vergangenheit größere, schwierige Lagen meistern können. Man könne jedoch nicht auf jede Situation vorbereitet sein.

Weiterhin erfragt **Herr Adomeit**, ob der Zivilschutz in festen Strukturen aufgebaut sei und wie viele Personen dort integriert seien. Außerdem stellt er die Frage, ob genügend Wasser und Vorräte im Landkreis gelagert werden, sollte eine ähnliche Situation wie in den Wintermonaten 1978/1979 eintreten.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen gut funktionierende Stabsstrukturen habe und dahingehend die Mitarbeiter/innen regelmäßig geschult werden. In Vorpommern-Rügen habe man außerdem einen guten Kontakt zu den Versorgungszügen, wie bspw. zum Technischen Hilfswerk (THW) oder zum Deutschen Roten Kreuz (DRK). Trotz dessen werde es Lagen oder Sondersituationen geben auf die man nicht vorbereitet werden könne. Der Landkreis Vorpommern-Rügen sei jedoch nicht schlechter vorbereitet als die anderen Landkreise. Zusätzlich profitiere der Landkreis Vorpommern-Rügen von einem sehr engen Kontakt zu der Bundeswehr, welche in der Corona-Situation den Landkreis ebenfalls tatkräftig unterstützt habe.

Herr Adomeit merkt an, dass eine Konzeptvorstellung zu dieser Thematik im Kreistag wünschenswert sei.

Herr Kreistagspräsident Kuhn schlägt vor, diese Thematik im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz zu behandeln.

Frau Dr. Kannengießer erfragt, weshalb der Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen nicht an der 2. Inselkonferenz in Binz teilgenommen habe und auch kein Vertreter geschickt wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass mehrfach angeboten wurde als Landkreis bei der Veranstaltung mitzuwirken und diese gemeinsam durchzuführen. Auf dieses Angebot wurde nicht zurückgegriffen, sodass dies keine Veranstaltung vom Landkreis gewesen sei.

Frau Dr. Kannengießer merkt an, dass der Landrat eine Einladung bekommen habe und sie es unverständlich finde, dass er der Einladung nicht gefolgt sei.

Herr Glawe teilt zum Thema Wohlfahrtfinanzierungsgesetz mit, dass dieses durch eine Matrix abgebildet werden solle und erfragt, ob schon bekannt sei, welche Inhalte abgebildet werden sollen.

Frau Schröter führt aus, dass bezüglich der Matrix, was die Kontrolle der Verbände angehe, das Land die Daten beim Landkreis abfordern werde. Derzeit befinde man sich noch in der Abstimmung, welcher Umfang erforderlich sei und was überhaupt geleistet werden könne.

Herr Glawe informiert, dass bislang relativ wenig bekannt sei und er der Antwort entnehmen könne, dass das Land derzeit die Matrix erstelle. Dahingehend erfragt er, wie lange es noch dauere, bis man damit arbeitsfähig sei.

Frau Schröter merkt an, dass die Erarbeitung der Matrix nicht die Aufgabe des Landkreises sei.

Weiterhin erfragt **Herr Glawe** zur Thematik der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, wie viele Personen sich im Landkreis Vorpommern-Rügen einer Anhörung unterziehen müssen, wie weit man mit diesen Anhörungen derzeit sei und welche Bereiche konkret abgefragt werden.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass alle Betriebe abgefragt wurden, die unter dem Infektionsschutzgesetz aufgeführt seien. Derzeit laufen 584 Verfahren, welche von der Verwaltung abgearbeitet werden. Bisher habe es noch keine Tätigkeitsverbote gegeben. Das oberste Ziel sei der Schutz des Gesundheitssystems und kein Schwächen des Gesundheitssystems.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Nach- und Umbesetzungen

8.1. Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss aufgrund des Ausscheidens von Herrn Mario Galepp durch Herrn Mathias Löttge

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 366-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Herrn Mathias Löttge als Mitglied in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss für Herrn Mathias Löttge durch Frau Monika Wenzel

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 367-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Monika Wenzel als stellvertretendes Mitglied für Herrn Mathias Löttge in den Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Somit ist Herr Mathias Löttge Mitglied und Frau Monika Wenzel stellvertretendes Mitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Abbestellung der Gleichstellungsbeauftragten zum nächstmöglichen Zeitpunkt Vorlage: BV/3/0364

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage. Frau Schmuhl sei eine geschätzte Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen für viele Jahre gewesen. Vor einiger Zeit teilte sie jedoch mit, dass sie sich beruflich verändern möchte und eine attraktive Stelle innerhalb der Verwaltung ausgeschrieben sei, wo sie sich gegen die anderen Bewerber auch erfolgreich durchgesetzt habe.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 368-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Katrin Schmuhl wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt als Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen abberufen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

10. **Gültigkeit des 9€-Tickets im Fährverkehr für Einwohnerinnen und Einwohner der Insel Hiddensee**
Vorlage: BV/3/0363/2
-

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

Herr Scharmberg merkt an, dass ein Zeitungsartikel vermittelt habe, dass die Hiddenseer/innen durch diesen Beschluss kostenfrei mit dem Fährverkehr fahren können und bittet den Landrat um Erklärung.

Herr Landrat Dr. Kerth teilt mit, dass es sich bei der Ausgestaltung dieses Vorschlags ergeben habe, dass eine Anlehnung an das 9€-Ticket mit einer Kostenerhebung schwierig umsetzbar sei. In der Praxis würde das bedeuten, dass die Einwohner/innen ganz normal das 9€-Ticket erwerben und damit auch kostenfrei den Fährverkehr nutzen können.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Der Kreistag begrüßt die Einführung eines ÖPNV-Entlastungstickets für den Zeitraum vom 13. Juni bis 31. August 2022 für die EinwohnerInnen der Insel Hiddensee und BerufspendlerInnen der Insel Rügen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung, um diesem Personenkreis die Teilhabe am 9- Euro-Ticket im ÖPNV-Schiffsverkehr zwischen der Insel Rügen und der Insel Hiddensee mit der Fähre zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis.

11. **Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zwischen der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH und dem Landkreis**

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

11.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zur BV/3/0358
Vorlage: A/3/0174

Herr Heinke begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS/FDP. Es sei wichtig den Deckungskreis zu nutzen, um die Liquidität der VVR sicherzustellen, jedoch solle dadurch auch der ländliche Raum den Ausbau erfahren. Dazu benötige es Mittel, die hiermit für den Ausbau gesichert werden sollen.

Herr Löttge teilt mit, dass es wichtig sei, die VVR zu unterstützen. Die Situation sei kein Verschulden der VVR, sondern eine maßgebliche Veränderung der Rahmenbedingungen. Die Einreicher des Änderungsantrages wünschen sich jedoch, dass die Maßnahmen für den ländlichen Raum, welche im Nahverkehrsplan festgeschrieben worden seien, dabei nicht wegfallen.

Herr Suhr bittet um Erklärung des Änderungsantrages aus finanzieller Sicht. Es solle nicht den Eindruck erwecken, dass beliebig viel Geld eingestellt werden könne. Er verstehe die Vorlage so, dass die Mittel, die bereits für die Liquiditätssicherung der VVR ausgegeben worden seien, für den Ausbau des ländlichen Raumes genutzt werden sollen.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass er den Änderungsantrag als Kompromissantrag mittrage. Durch diesen Zusatz sei es für die Verwaltung ablesbar, dass wenn ein Parallelweg möglich sei und der Betrieb weiterleben könne, dass weitere wichtige Augenmerk auf den Ausbau des ländlichen Raumes gelegt werden solle.

Herr Löttge führt aus, dass der Änderungsantrag eine Aufforderung darstelle, darüber nachzudenken und zu prüfen, die Liquiditätssicherung der VVR woanders im Haushalt abzubilden, um den Ausbau des ländlichen Raumes nicht zu gefährden.

Herr Glawe teilt mit, dass es darum gehe die ländliche Bevölkerung mitzunehmen und ein Angebot für den ÖPNV zu schaffen.

Frau Latendorf merkt an, dass es um die Sicherstellung der Aufgaben des Nahvertriebes gehe, aber auch um die Erinnerung des Angebotsausbaus des ländlichen Raumes. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE stimme dem Änderungsantrag zu.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zur BV/3/0358.

Beschluss: KT 369-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der Ergänzungsvereinbarung zum öffentlichen Dienstleistungsauftrag zur Liquiditätssicherung der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen mbH (Anlage 1) zu.
2. Der Landrat wird beauftragt, die für die Umsetzung des Nahverkehrsplans, insbesondere für Maßnahmen im ländlichen Raum vorgesehenen Mittel, welche jetzt zur Deckung der Mehrausgaben in der VVR eingesetzt werden, nach Haushaltsgenehmigung durch haushaltsändernde Beschlüsse in der Weise verfügbar zu machen, dass kein zeitlicher Verzug bei der Umsetzung der Maßnahmen entsteht. Sollten die finanziellen Mittel für die Projekte im ländlichen Raum aus anderen Gründen dieses Jahr nicht umgesetzt werden können, so sollen die finanziellen Mittel in das nächste Haushaltsjahr 2023 übertragen werden. Entsprechende Beschlüsse durch den Kreistag sind von der Verwaltung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

12. Verbesserung der Schülermobilität im Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/3/0359/1

Herr Landrat Dr. Kerth begründet die eingebrachte Beschlussvorlage.

12.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage
BV/3/0359/1
Vorlage: A/3/0165

Frau Latendorf begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

12.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR zur BV/3/0359/1:
Verbesserung der Schüler*innenmobilität im Landkreis Vorpommern-Rügen
Vorlage: A/3/0171

Herr Prof. Dr. Wetenkamp begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

12.3. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion SPD zum Änderungsantrag der
Kreistagsfraktion die Linke zur BV/3/0359/1
Vorlage: A/3/0173

Frau Kasten begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion SPD.

12.4. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/3/0359/1
Vorlage: A/3/0172

Herr Heinke merkt an, dass die CDU Kreistagsfraktion den Änderungsantrag der LINKEN unterstütze. Der Landkreis Vorpommern-Rügen solle nicht nur den schönsten

Landkreis Deutschlands darstellen, sondern auch den lebenswertesten. Ein Anfang werde mit der Einführung einer kostenfreien Schülermobilität gemacht. Auch der Ausbau des ländlichen Raumes, wie auch schon mit der Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan zum Ausdruck gebracht wurde, sei sehr wichtig für unseren Landkreis.

Herr Löttge teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW dem Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE ebenfalls zustimme, da er all das beinhalte, was lange in den Ausschüssen diskutiert wurde.

Frau Brüdgam stimmt Herrn Löttge zu, mit der Beschlussfassung soll die Lebensqualität der Schülerinnen und Schüler im Landkreis verbessert werden. Frau Brüdgam erinnert die Kreistagsmitgliedern noch an einen weiteren Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE in Bezug auf die Höchstfahrzeiten und begründet diesen.

Herr Prof Dr. Wetenkamp merkt an, dass er ein kostenfreies Mobilitätsangebot für die Schüler/innen ebenfalls gut finde, sehe jedoch Schwierigkeiten bei der Finanzierbarkeit. Es sei Geld im Haushalt eingeplant, aber die Zeiten seien gerade sehr unsicher. Aus diesem Grund habe sich die Fraktion B90/GRÜNE/FR ein 9€-Ticket für die Schülermobilität überlegt, wobei gleichzeitig auch ein finanzieller Rahmen für den Ausbau des ländlichen Raumes geschaffen werden könne.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt in Bezug auf den gestellten Änderungsantrag zu den Höchstfahrzeiten an, dass die Umsetzung zum Beginn des neuen Schuljahres unmöglich sei. Der Geschäftsführer der VVR habe erklärt, dass aufgrund des Fahrermangels gerade so der normale Busverkehr abgedeckt werden könne.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR (A/3/0171).

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR (A/3/0171) mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion SPD (A/3/0173).

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag (A/3/0173) der Kreistagsfraktion SPD mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE in Bezug auf die Höchstfahrzeiten (A/3/0165).

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (A/3/0165) mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (A/3/0172).

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE (A/3/0172) einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage unter Berücksichtigung des beschlossenen Änderungsantrages.

Beschluss: KT 370-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Umsetzung einer fahrpreislosen Schülermobilität

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 5. Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg vom 11. Juni 2012 mit Wirkung zum 1. August 2022.
2. Ergänzend führt der Landrat über einen Gesellschafterbeschluss der VVR die Einführung einer fahrpreislosen, ganztägig und netzweit gültigen Schülerfahrkarte (Schülernetzkarte) mit Geltungsbeginn ab dem Schuljahr 2022/23 herbei. Anspruchsberechtigt sind alle Schülerinnen und Schüler mit Hauptwohnsitz im Landkreis Vorpommern-Rügen.
3. Der Landrat führt Verhandlungen über Vereinbarungen mit der großen kreisangehörigen Stadt und weiteren Städten, um dieses Angebot zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

13. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Land- und Wasserfläche hier: Wasserwanderrastplatz Wieck a. Darß**
Vorlage: BV/3/0352
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 371-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Wieck a. Darß auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Land- und Wasserfläche im Bereich des Wasserwanderrastplatzes wird zugestimmt.

Der maßstabsgerechte Lageplan des Fachdienstes Kataster und Vermessung vom 23. September 2021 Antr.-Nr. 21LVM0112 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

14. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche - Erweiterung Seebrücke Dranske**
Vorlage: BV/3/0353
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 372-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Dranske auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche am Kopf der Seebrücke in Dranske (Fläche "B") wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan des Fachdienstes Kataster und Vermessung vom 9. November 2021 Antr.-Nr. 18LVM0074 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

15. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasser- und Landfläche der Gemeinde Sundhagen - Fähranleger Stahlbrode**
Vorlage: BV/3/0361
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 373-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Dem Antrag der Gemeinde Sundhagen auf Inkommunalisierung einer gemeindefreien Land- und Wasserfläche im Bereich des Fähranlegers in Stahlbrode wird zugestimmt. Der maßstabsgerechte Lageplan des Fachdienstes Kataster und Vermessung vom 28. April 2022 Antr.-Nr. 22LVM0067 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

16. **Inkommunalisierung einer gemeindefreien Wasserfläche der Gemeinde Born a. Darß - Badestelle/Steg im Koppelstrom**
Vorlage: BV/3/0362
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 374-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:
Dem Antrag der Gemeinde Born a. Darß auf Inkommunalisierung einer

gemeindefreien Wasserfläche im Bereich der Badestelle/Steg im Koppelstrom wird zugestimmt.

Der maßstabsgerechte Lageplan des Fachdienstes Kataster und Vermessung vom 21. Februar 2022 Antr.-Nr. 22LVM0016 ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

17. **Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, BfS/FDP: "Entwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum"**
Vorlage: A/3/0163
-

- 17.1. **Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS/FDP zum Antrag A/3/0163 "Entwicklung des ÖPNV im ländlichen Raum"**
Vorlage: A/3/0175
-

Herr Dr. Weiß merkt an, dass die Intention des Antrages gut sei, jedoch einige Formulierungen noch angepasst werden müssen. Er stellt den Antrag auf Verweisung in den Mobilitätsausschuss.

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag sowie den Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS/FDP.

Herr Scharmberg merkt an, dass die finanzielle Lage derzeit nicht gut sei, man jedoch trotzdem an die Zukunft denken und den ersten Schritt in Richtung Mobilitätswende machen müsse.

Die Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen wird für fünf Minuten auf Antrag zur Gewährung einer Auszeit unterbrochen.

Herr Löttge trägt folgende Änderungen zu dem eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW vor:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus den ÖPNV im Landkreis Vorpommern-Rügen bedarfsgerechter und damit attraktiver zu gestalten. ~~Jede Region im Landkreis muss mindestens 4 mal täglich durch den ÖPNV angefahren werden.~~

~~2. Durch die Kreisverwaltung ist eine Umfrage in den Städten, Ämtern und Gemeinden zur Gestaltung eines den Anforderungen entsprechenden ÖPNV durchzuführen. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mehraufwendungen sind konkret zu ermitteln.~~

3. Der Landrat wird aufgefordert sich für die Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung einzusetzen.

4. In den nächsten Haushalt ab 2024 sollen mindestens 500.000€ mehr für den Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

und begründet dies.

Herr Prof Dr. Wetenkamp merkt an, dass der Antrag zu begrüßen sei, um den ländlichen Raum zu stärken. Der Punkt 1 wie welche Region angefahren werden soll, stehe im Nahverkehrsplan. Zum Thema Befragung habe die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR auch einen Antrag gestellt der darauf abziele regelmäßig Mobilitätsbefragungen im ländlichen Raum durchzuführen, um immer einen aktuellen Stand zu haben.

Herr Dr. Weiß zieht den Verweisungsantrag in den Mobilitätsausschuss zurück.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die vorgetragenen Änderungen der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS/FDP.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den geänderten Antrag.

Beschluss: KT 375-17/2022

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich dafür aus den ÖPNV im Landkreis Vorpommern-Rügen bedarfsgerechter und damit attraktiver zu gestalten.
2. Der Landrat wird aufgefordert sich für die Bereitstellung der hierfür notwendigen Mittel gegenüber der Bundesregierung und der Landesregierung einzusetzen.
3. In den nächsten Haushalt ab 2024 sollen mindestens 500.000€ mehr für den Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

18. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten"
Vorlage: A/3/0164

Frau Brüdgam begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Zunächst danke sie den derzeitigen Integrationsbeauftragten des Landkreises Frau Knäbe und Herrn Brelle, da sie großes im Ehrenamt leisten. Mit dem Antrag solle diese Arbeit weiter gestärkt werden. Der Landkreis Vorpommern-Rügen sei in Bezug auf den Altersdurchschnitt der älteste Landkreis Mecklenburg-Vorpommerns, weshalb die Barrierefreiheit eine große und wichtige Rolle spiele. Doch zu den Aufgaben gehöre auch die Vernetzung der Betroffenen und Angehörigen, die Verbindung zur Verwaltung sowie die Querschnittsfunktion bei allen Bauplanungen und Bauausführungen. All diese Aufgaben erfordern eine Menge Zeit. Auch die Sprechzeiten der Integrationsbeauftragten sollen weiterhin angeboten werden. Es gehe in Allem darum, die Inklusion nach Innen und Außen zu gestalten. Für die mittelfristige Finanzplanung, d.h. für den nächsten Doppelhaushalt, solle eine/ein hauptamtliche/r Integrationsbeauftragte/r bestellt werden. Damit folge man auch den Forderungen des Bürgerbeauftragten des Landes sowie des Vereins Selbsthilfe Mecklenburg-Vorpommern. Mit dem heutigen Beschluss könne ein Grundstein für die weitere Arbeit in den Ausschüssen gelegt werden.

Frau Dr. Schmutzer teilt mit, dass die CDU Fraktion einen Verweisungsantrag in den

Ausschuss für Soziales und Gesundheit stelle. Im Landkreis Vorpommern-Rügen seien zwei Integrationsbeauftragte, die durch den Kreistag bis 2024 bestellt wurden, tätig. Alle 4 Wochen halten diese im Landratsamt in Stralsund Sprechstunden ab. Alle 6 bis 8 Wochen in Bergen auf Rügen und in Ribnitz-Damgarten. Auch seien beide Integrationsbeauftragte rund um die Uhr per Mail oder Telefon für alle Bürger/innen sowie für die Verwaltung erreichbar. Bei einer hauptamtlichen Stellenbesetzung sei dieser Service kaum möglich. Darüber hinaus seien die Ehrenamtler auch Vermittler zwischen den Bürger/innen und der Verwaltung. Der Landkreis Vorpommern-Rügen müsse, wie auch alle anderen Landkreise, einen Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung der Behindertenkonvention erstellen. Aus diesem Grund habe man eine 40-Prozent Stelle geschaffen. Die Stelleninhaberin wurde jedoch in den Zeiten der Corona-Pandemie im Gesundheitsamt und im Anschluss für die Bearbeitung der Flüchtlingsproblematik abgestellt. In dieser Zeit konnte somit nicht am Aktions- und Maßnahmenplan gearbeitet werden. Deshalb solle der Landkreis die Stelleninhaberin entlasten, damit diese ihrer Arbeit weiter nachkommen könne. Ob die Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten für den Landkreis nötig sei, solle der Ausschuss für Soziales und Gesundheit prüfen.

Frau Kindler merkt an, dass der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE sehr weitreichend und wichtig sei. Sie finde es sehr schade, wenn dieser erst in einem Ausschuss beraten werden müsse.

Herr Löttge führt aus, dass die Kreistagsfraktion BVR/FW den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit unterstütze. Das Anliegen sei sehr wichtig, weshalb die Umsetzung genau besprochen werden müsse. An dieser Stelle richte er den ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen ein großes Dankeschön aus.

Frau Latendorf merkt an, dass die beiden Integrationsbeauftragten hervorragende Arbeit leisten. Auch hauptamtlich tätige Integrationsbeauftragte seien auf die Unterstützung der Ehrenamtler angewiesen, sodass Frau Knäbe und Herr Brelle auch für die weitere Arbeit gebraucht werden.

Frau Voß teilt mit, dass die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR den Antrag ebenfalls unterstütze. Einem Verweisungsantrag stimme sie nicht zu.

Herr Glawe betont, dass die Überweisung des Antrages in den Fachausschuss sehr wichtig sei, um die Bestellung von hauptamtlich tätigen Integrationsbeauftragten vorzubereiten sowie aber auch die ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten zu würdigen. Dabei müsse überlegt werden, was die Hauptamtlichkeit mit sich bringe und wie das Ehrenamt dadurch gestärkt werden könne. Vorstellbar sei auch eine Mischung beider Formen, da der Aufgabenbereich sehr breit gefächert sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag der Kreistagsfraktion CDU in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag bei zehn Gegenstimmen und sechs Enthaltungen mehrheitlich zu.

19. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Generalplan Küsten- und Hochwasserschutz MV überarbeiten"**

Herr Niehaus begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

Herr Dr. Weiß führt aus, dass er den Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR sehr begrüße. Der Generalplan Küsten- und Hochwasserschutz M-V habe folgende Lasten: durch die Emissionsbelastung seien die Behälter von 1945 mittlerweile durchgerostet, durch die Meeresspiegelveränderungen sei eine höhere Dynamik erreicht worden, die Untersuchungen des integrierten Küstenzonenmanagements zeige, dass die Vorgaben aus 1993 längst überholt seien, neue Leitungssysteme seien dazu gekommen und benötigen eine gesetzliche Regelung, es gebe eine neue Lage in Bezug auf die Fischerei und seit 1993 gebe es neue Entwicklungen im Bereich der Offshore-Windanlagen.

Herr Heinke beantragt eine zweiminütige Auszeit.

Die Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen wird für zwei Minuten unterbrochen.

Herr Kliewe teilt mit, dass die CDU Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Das Land sei nur im Bereich zusammenhängender bebauter Gebiete für den Hochwasserschutz zuständig, nicht aber bei Splittersiedlungen. Diese Verankerung müsse dringend geändert werden.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass die Kreisverwaltung den Eindruck habe, dass der General- und Küstenplan ein starres Papier aus 1993 sei, nicht teilen. Es gebe aktuelle Papiere die darauf hindeuten, dass es ein stetiger Prozess sei.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss: KT 376-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird damit beauftragt, sich an den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern mit der Bitte und Forderung zu wenden, den noch aus dem Jahr 1993 stammenden Generalplan Küsten- und Hochwasserschutz Mecklenburg - Vorpommern zu überarbeiten und auf die sich inzwischen ergebenden erheblichen Veränderungen anzupassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Gegenstimme und drei Enthaltungen zugestimmt

20. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Unterstützung für die Tafeln im Landkreis Vorpommern-Rügen verstetigen und Fördertopf einrichten"**
Vorlage: A/3/0167
-

Frau Voß begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR.

Herr Adomeit teilt mit, dass er dem Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR nicht zustimmen könne, weil die Partei durch die Energiewende und der CO2-Steuer

dafür gesorgt habe, dass viele Bürger/innen ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können und auf die Tafeln angewiesen seien.

Herr Meister merkt an, dass der Antrag grundsätzlich richtig sei. Die AfD-Landtagsfraktion habe zu diesem Thema mehrere Anträge in den Landtag eingebracht, welche von der Landtagsfraktion B90/DIE GRÜNEN abgelehnt wurden.

Frau Dr. Schmutzer informiert, dass die CDU-Kreistagsfraktion die Arbeit der ehrenamtlichen Tafeln seit vielen Jahren sehr schätze und unterstütze. Aus diesem Grund wurde den Tafeln insgesamt 23.000 Euro aus der Haushaltsstelle "Zuschüsse für Vereine und Verbände 2022" zur Verfügung gestellt. Bei einer dauerhaften institutionellen Förderung gehe die Flexibilität der Tafeln verloren. Durch Spenden seien die Bedarfe jeden Monat unterschiedlich. Andere Verbände und Vereine im Landkreis leisten ebenso eine tolle Arbeit im Ehrenamt. Die Kreistagsfraktion CDU könne dem Antrag derzeit nicht zustimmen.

Frau Bartel stimmt Fr. Dr. Schmutzer zu. Der Antrag sei derzeit zu ungenau und es gebe andere Möglichkeiten, als eine konstitutionelle Förderung. Die Kreistagsfraktion SPD könne dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen, jedoch sei ein Verweisungsantrag in den zuständigen Fachausschuss vorstellbar.

Frau Latendorf teilt mit, dass eine pauschale Förderung nicht der ideale Weg für die Tafeln sei. Sie bittet die Einreicher um Überarbeitung des Antrages in Hinblick auf eine genaue Formulierung. Die Kreistagsfraktion DIE LINKE trage auch die Entscheidung, den Antrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu verweisen, mit.

Frau Kindler stellt einen Verweisungsantrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit. Der Appell, der Grundlage dieses Antrages gewesen sei, kam von den Tafeln, da die Lebensmittelspenden in den letzten Monaten drastisch zurück gehen. Der Antrag solle einen Prüfauftrag darstellen, womit sich der Ausschuss für Soziales und Gesundheit inhaltlich nochmal genauer auseinandersetzen könne.

Herr Löttge führt aus, dass die Tafeln die höchste Anerkennung verdienen, für das was sie leisten. Aus diesem Grund müsse man sich auch intensiver mit den Problemen beschäftigen. Die Kreistagsfraktion BVR/FW unterstütze den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit. Wünschenswert sei auch die Teilnahme von Vertreter/innen der Tafel an der Ausschusssitzung. Somit kann gemeinsam geklärt werden, ob eine Förderung überhaupt eine Lösung darstelle. Das eigentliche Problem sei, dass die Tafeln keine Lebensmittel mehr bekommen.

Herr Glawe merkt an, dass die Kreistagsfraktion CDU dem Verweisungsantrag zustimme. Es gehe nicht nur um die Lebensmittelknappheit und deren Anlieferung, sondern auch um die Frage nach den Fahrzeugen, der Hygiene und der Verteilung, gerade in den ländlichen Regionen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung, den Antrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit zu verweisen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit mehrheitlich bei einer Gegenstimme und

einer Enthaltung zu.

21. **Antrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR: "Mitgliedschaft im Verein AGFK - Arbeitsgemeinschaft fahrrad- und fußgängerfreundliche Kommunen Mecklenburg-Vorpommern e.V. des Landkreises Vorpommern-Rügen"**
Vorlage: A/3/0168
-

Antrag vom Einreicher zurückgezogen.

22. **Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP, BVR/FW: "Wohnungsbau zur Abwendung einer akuten Wohnungsnot"**
Vorlage: A/3/0169
-

Herr Scharmberg und **Herr Löttge** begründen den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP und BVR/FW.

Herr Löttge trägt folgende Änderungen zu dem eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP, BVR/FW vor:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen ~~beauftragt den Landrat~~ **spricht sich dafür aus** zur Abwendung einer akuten Wohnungsnot und damit verbundenem zunehmendem Fachkräftemangel in den touristisch geprägten Kommunen, mit dem Innenministerium und der Landesregierung Möglichkeiten zu schaffen, für den Wohnungs- und Eigenheimbau unterhalb der Bodenrichtwerte Grundstücke zweckgebunden veräußern zu dürfen.

und begründet dies.

Herr Landrat Dr. Kerth stimmt dem gestellten Antrag inhaltlich zu. Auf einer Kabinettsklausur der Landesregierung habe er das Thema angesprochen und vorgestellt. Das maximal zu erwartende Ergebnis sei eingetreten. Die Landesregierung habe den Beschluss gefasst eine Arbeitsgruppe einzurichten, um diese Themen zu behandeln. Das Innenministerium übernimmt dabei die Federführung.

Herr Griwahn teilt mit, dass die Kreistagsfraktion CDU den Antrag ebenfalls unterstütze.

Herr Kiefer merkt an, dass er es gut finde, dass dies durch den Antrag nun ein Kreistags-Thema sei und sollte in jedem Fall weiterbehandelt werden. Jedoch sei das Thema vielschichtiger, als in dem Antrag dargelegt. Aus diesem Grund stellt die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE/FR einen Antrag auf Verweisung in die zuständigen Fachausschüsse.

Frau Müller teilt mit, dass sie einen Verweisungsantrag in die Fachausschüsse ebenfalls für sinnvoll erachte. Man müsse dringend gegensteuern, da die Bau- und Wohnungspreise explodieren.

Herr Scharmberg führt aus, dass es nicht nur um die Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus gehe. Er plädiere nochmal um Zustimmung des Antrages, um auch den Landrat bei seinem Vorhaben bei der Landesregierung zu unterstützen.

Herr Niehaus merkt an, dass es im Rahmen des Erbbaurechtes darum gehe, den

Wahnsinn der Spekulationen mit Grund und Boden nicht weiter voranzutreiben. Erbpachtrechte können dem nachhaltig entgegensteuern. Der persönliche Wohnkomfort sei in den letzten Jahren vervielfältigt worden. Aus diesem Grund müsse eine vernünftige Wohnungspolitik gemacht werden und der Antrag in die Fachausschüsse gegeben werden, um das Thema komplett aufzurollen.

Herr Landrat Dr. Kerth informiert, dass die Idee des bezahlbaren Wohnens das Ziel habe aus der Spekulationsspirale entkommen zu können. Dabei seien ihm alle Wege recht bei denen niemand zum Schaden kommt.

Herr Glawe teilt mit, dass es auf der einen Seite um Wohnräume und auf der anderen Seite um die Entwicklung der Infrastruktur gehe. Dabei gebe es nicht nur eine Lösung für alle Belange. Welcher Weg eingeschlagen werde, ob über Verkauf oder Erbbaurecht, entscheiden die Gemeinden selbst. Darum sei es für das Land auch schwierig eine einheitliche Lösung vorzugeben.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag in die Fachausschüsse.

Der Kreistags Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag unter Berücksichtigung der redaktionellen Änderung.

Beschluss: KT 377-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen ~~beauftragt den Landrat~~ spricht sich dafür aus zur Abwendung einer akuten Wohnungsnot und damit verbundenem zunehmendem Fachkräftemangel in den touristisch geprägten Kommunen, mit dem Innenministerium und der Landesregierung Möglichkeiten zu schaffen, für den Wohnungs- und Eigenheimbau unterhalb der Bodenrichtwerte Grundstücke zweckgebunden veräußern zu dürfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sieben Gegenstimmen und zehn Enthaltungen zugestimmt

23. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW: "Konzepterstellung zur Finanzierung und mittelfristigen Erhalt der bestehenden Trägerstrukturen für AGH-Maßnahmen im Landkreis Vorpommern-Rügen!"**
Vorlage: A/3/0170
-

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW.

Frau Kindler informiert, dass sich der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen derzeit mit dieser Thematik befasse. In der letzten Sitzung sei ein neues Konzept vom Jobcenter vorgestellt worden, der durch die Ausschussmitglieder in die Fraktionen getragen wurde. Aus diesem Grund sei der Antrag überholt. Sie teilt auch die Botschaft aus dem Jobcenter mit, dass es auch

zukünftig weiter AGH-Maßnahmen geben und kein Mensch vergessen werde. Weiterhin stellt sie einen Verweisungsantrag in den Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen.

Frau Wippermann stimmt Frau Kindler zu, dass sich der Antrag erledigt habe. Sie sei stolz, dass sich der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter mit dem Thema befasse und alle Fraktionen konstruktiv zusammenarbeiten.

Frau Latendorf merkt an, dass mit dem Schreiben vom Jobcenter an die Kreistagsmitglieder, wo ein Handlungsvorschlag vorgestellt wurde, die Punkte 1 und 2 des Antrages bereits erledigt seien. Offen sei lediglich Punkt 3 des Antrages.

Herr Hofmann teilt mit, dass er als Mitglied des Betriebsausschusses mit der Arbeit sehr zufrieden sei. Der Antrag sei zeitlich verzögert, aber es sei unschädlich diesem zuzustimmen, um den Ausschuss in dieser Thematik den Rücken zu stärken. Es gebe weiterhin auch noch viel Redebedarf.

Herr Löttge stimmt Herrn Hofmann zu, dass der Antrag in keiner Weise schädlich sei. Er erachte es als wichtig und notwendig als Kreistag ein klares Bekenntnis zu der Thematik der AGH-Maßnahmen zu fassen. Die Handlungsgrundlage der Verwaltung sei ein gutes Arbeitsmaterial für kommende Entscheidungen.

Frau Latendorf trägt folgende Änderungen zu dem eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP, BVR/FW vor:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. der Landrat wird beauftragt, die vorliegenden Konzeptionen weiterzuführen, welche den mittelfristigen Erhalt der bestehenden Trägerstrukturen für AGH-Maßnahmen sicherstellt.
2. Dabei sind konkrete Finanzierungsvorschläge zu machen. Geprüft werden sollen finanzielle Mittel aus dem Haushalt des Jobcenters sowie aus dem Haushalt des Landkreises.
3. Das Konzept soll auch Aussagen enthalten, wie durch den Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Eigenbetrieb Jobcenter Finanzierungen bzw. Kofinanzierungen von Integrations- und weiteren Projekten sichergestellt wird, die durch EU, Bund und Land aufgelegt werden.

und begründet dies.

Frau Wippermann merkt an, dass der Antrag auf Haushaltsmittel des Kreises abziele und deshalb kein einfacher Rückenwindantrag sei. Auch zukünftig werde es im Landkreis Vorpommern-Rügen AGH-Maßnahmen geben. Die Behauptung diese fallen ganz weg, sei falsch. Das Jobcenter passe die Zahlen der AGH-Maßnahmen an die tatsächlichen Bedarfe an. Aus diesem Grund lehne die SPD-Fraktion den Antrag ab.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den mündlich

eingebrachten Änderungsantrag von Frau Latendorf.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den eingebrachten Änderungsantrag von Frau Latendorf mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bitte um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BfS/FDP und BVR/FW.

Beschluss: KT 378-17/2022

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. der Landrat wird beauftragt, bis zum 30.08.2022 den Mitgliedern des Kreistages ein Konzept vorzulegen, welches den mittelfristigen Erhalt der bestehenden Trägerstrukturen für AGH-Maßnahmen sicherstellt.
2. Dabei sind konkrete Finanzierungsvorschläge zu machen. Geprüft werden sollen finanzielle Mittel aus dem Haushalt des Jobcenters sowie aus dem Haushalt des Landkreises.
3. Das Konzept soll auch Aussagen enthalten, wie durch den Landkreis Vorpommern-Rügen und dem Eigenbetrieb Jobcenter Finanzierungen bzw. Kofinanzierungen von Integrations- und weiteren Projekten sichergestellt wird, die durch EU, Bund und Land aufgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

24. Mitteilungen

Herr Kreistagspräsident Kuhn teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 17. Oktober 2022 stattfinde. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Anwesenden und bittet darum, dass die Nichtöffentlichkeit hergestellt werde.

16.09.2022, gez. A. Kuhn

Datum, Unterschrift
Andreas Kuhn
Kreistagspräsident

16.09.2022, gez. M. Hanusch

Datum, Unterschrift
Marcus Hanusch
Protokollführer